

„Von den Zinsen leben, nicht vom Kapital“

Eine friedliche und gerechte Welt in einer lebenswerten Umwelt wünscht sich die Vorsitzende des Beirats für Nachhaltige Entwicklung, Astrid Klug (SPD). Im Interview erklärt die Saarländerin, warum die in der Öffentlichkeit bisher wenig verstandene Nachhaltigkeit zum Selbstläufer in der Politik werden muss.

Frau Klug, unter dem Begriff „Nachhaltige Entwicklung“ können viele Menschen sich kaum etwas vorstellen. Kann man den Begriff für jedermann verständlich erklären?

Klug: Nachhaltige Entwicklung bedeutet: Die Menschen, die heute leben, müssen dafür sorgen, dass auch die nachfolgenden Generationen die Chance haben, in einer lebenswerten Umwelt, einer stabilen Gesellschaft und einer friedlichen und gerechten Welt zusammenleben zu können. Wenn wir eine nachhaltige Entwicklung gewährleisten wollen, müssen wir bildlich gesprochen von den Zinsen dieser Erde leben und dürfen nicht ihre Substanz angreifen.

Was kann getan werden, damit eine breite Öffentlichkeit versteht, warum Nachhaltigkeit so wichtig für Politik und Gesellschaft ist? Und welche Rolle spielen Bildung und Erziehung für die Lösung unserer Zukunftsprobleme?

Klug: Wir Menschen müssen lernen, verantwortlich mit den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Ressourcen umzugehen. Dieser Lern- und Erfahrungsprozess muss früh beginnen. Deshalb spielen Bildung und Erziehung eine wichtige Rolle. Die Politik kann den Wechsel zu einer nachhaltigen Entwicklung nicht alleine bewerkstelligen. Auch die Medien spielen eine wichtige Rolle. Die Menschen müssen gut informiert und an diesem Prozess beteiligt sein. Denn es geht um ihre Zukunft.

Wie kann der Beirat Einfluss nehmen, damit politische

Entscheidungen in Zukunft auf ihre langfristigen Konsequenzen für den Schutz der Umwelt, für Wirtschaft und Gesellschaft überprüft werden?

Klug: Wir brauchen einen ehrlichen Nachhaltigkeits-Cheque. Dafür wollen wir unsere Kolleginnen und Kollegen im Parlament sensibilisieren und im Beirat die geeigneten Instrumente entwickeln. Politische Entscheidungsprozesse müssen sich insgesamt verändern, damit die Verantwortung gegenüber der Zukunft ernster genommen wird. Wir nennen das Politikinnovation.

Welche Möglichkeiten hat der Beirat, die Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wie Generationengerechtigkeit, umweltgerechte Energieversorgung und Reduzierung des Flächenverbrauchs voran zu bringen?

Klug: Wir werden die Konkretisierung dieser Ziele begleiten und mit unseren eigenen Vorschlägen direkt und wirksam Einfluss nehmen auf die Arbeit der Bundesregierung. Die konkreten politischen Entscheidungen trifft letztlich das Parlament.

Welche persönlichen Schwerpunkte und Visionen verbinden Sie mit Ihrer Arbeit als Vorsitzende des Beirats?

Klug: Ich wünsche mir, dass die Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Enkeln in Politik und Gesellschaft selbstverständlich wird. Dieser Anspruch darf nicht nur auf dem Papier stehen. Der Einsicht, dass eine nachhaltige Entwicklung eine Überlebensfrage für uns ist, muss die Umsetzung in die Praxis folgen. Ich hoffe, der Beirat trägt dazu bei, dass Nachhaltigkeit im Parlament ein Selbstläufer wird.



Erneuerbare Energien sind eines der großen Themen des Parlamentarischen Beirats. Ihnen kommt eine herausragende Bedeutung für die nachhaltige Energieversorgung der Wirtschaftsnationen wie der armen Länder in der Zukunft zu. Dies dokumentierte kürzlich auch eine Weltkonferenz mit mehr als 2.500 Fachleuten aus rund 130 Ländern in Bonn. Bild: Windkraftanlage und Rapsfeld bei Heidenrod-Kemel im Untertaunus. Foto: LS

Die Weichen für die Zukunft stellen

Ein Parlamentarischer Beirat setzt sich für nachhaltige Entwicklung ein

Wirtschaft, Sozialwesen und Umweltschutz müssen gleichzeitig voran gebracht werden, damit wir heute die Weichen für eine aussichtsreiche Zukunft stellen. Für unsere Nachkommen ist der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ebenso wichtig wie solide ökonomische und gesellschaftliche Verhältnisse. Unter dem Begriff „nachhaltige Entwicklung“ oder kurz „Nachhaltigkeit“ ist die Auseinandersetzung über unsere Zukunft in den Mittelpunkt der politischen Debatte gerückt. Mit dem Parlamentarischen Beirat für Nachhaltige Entwicklung hat sich der Deutsche Bundestag Anfang 2004 ein eigenes Gremium geschaffen, um den komplizierten Prozess zu fördern.

Im Parlament fallen essentiell wichtige politische Entscheidungen über die Zukunft. Wenn es zum Beispiel darum geht, den gesamten, miteinander verknüpften Prozess der weiteren Entwicklung von Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft in unserem Land zu beeinflussen, sind äußerst sorgfältiges Nachdenken und Abwägen gefragt. Wie soll die Wirtschaft florieren, ohne Mensch und Umwelt zu schädigen? Was muss die Umweltpolitik berücksichtigen, damit Wirtschaft und Arbeitsplätze nicht gefährdet werden? Wie muss die Sozialpolitik gestaltet werden, damit sie allen gerecht wird? Welche Reformen brauchen wir, damit die Interessen unserer Nachkommen und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen nicht außer Acht geraten?

arbeiten zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung geleistet, die unter dem Titel „Perspektiven für Deutschland“ im April 2002 vorgestellt wurde. Insbesondere die Enquete-Kommissionen „Schutz des Menschen und der Umwelt“, „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“, „Demographischer Wandel“ und „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und Liberalisierung“ haben wichtige inhaltliche und institutionelle Voraussetzungen geschaffen, auf denen die Bundesregierung ihre Politik der Nachhaltigkeit aufbauen konnte: So steht ihr ein entsprechender Beirat zur Seite und ein Staatssekretär-Ausschuss („Green Cabinet“) ist für die Umsetzung der ressortübergreifenden Nachhaltigkeitsstrategie verantwortlich. Die gesamte Politik soll, wie vom Bundestag empfohlen, unter die Lupe der Nachhaltigkeit genommen werden.

Mehr Öffentlichkeit schaffen!

Am 29. Januar 2004 hat der Deutsche Bundestag die Einsetzung eines Parlamentarischen Beirats für Nachhaltige Entwicklung beschlossen, denn die Diskussion über unsere Zukunft – eine Aufgabe, die alle Bürger angeht – wird von der Öffentlichkeit noch nicht ausreichend wahrgenommen. „Bisher erschöpfte sich der Dialog weitgehend auf die Bundesregierung und die Verbände. Das muss anders werden“, meint Michael Kauch, der die FDP als Obmann im Beirat vertritt. Die Debatte um Nachhaltigkeit spielt sich nicht im luftleeren Raum ab, sondern muss mit den aktuellen Reformdebatten beispielsweise über Gesundheit und soziale Sicherheit verknüpft werden. Michael Kauch dazu: „Nachhaltigkeit als erweiterte Umweltpolitik – das reicht uns nicht.“

Mit seinem Beirat, der auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion zu Stande kam, verstärkt der Bundestag seine aktive Rolle in der Nachhaltigkeits-Debatte. Der Beirat, der am 17. März 2004 zu seiner ersten Sitzung zusammentrat,

ist nicht nur kritischer parlamentarischer Partner des „Green Cabinet“ der Bundesregierung, sondern sucht auch den Austausch mit den Parlamentariern und wichtigen Akteuren aus Ländern, Regionen



und Kommunen sowie anderen Staaten der EU. Mindestens alle zwei Jahre wird er dem Bundestag einen Bericht über seine Arbeit vorlegen.

„Wenn wir als Parlament Einfluss nehmen wollen, brauchen wir fraktionsübergreifende Positionen und umfassende Nachhaltigkeitskonzepte, die Umwelt, Wirtschaft und Soziales gleichermaßen berücksichtigen. Mir geht es dabei besonders um die Überprüfung auch finanzpolitischer Entscheidungen auf ihre Konsequenzen für die nach uns kommenden Generationen“, erklärt Dr. Ralf Brauksiepe (CDU), der stellvertretende Vorsitzende des Beirats ist.

Kritischer Begleiter der Bundesregierung

Eigene Positionen will der Beirat erstmals im Herbst 2004 vorlegen. Dabei geht es unter anderem um die Potenziale älterer Menschen, die aufgrund höherer Lebenserwartung und weniger Gebur-

ten in Wirtschaft und Gesellschaft genutzt werden müssen. Auch über neue Energieversorgungsstrukturen und Alternativen zu den bald aufgebrauchten fossilen Brennstoffen Erdöl, Erdgas und Kohle, die für die Klimaerwärmung verantwortlich gemacht werden, wollen die Parlamentarier beraten. Schließlich wird voraussichtlich auch der ungebremste Flächenverbrauch den Beirat beschäftigen; in Deutschland werden täglich 105 Hektar für Siedlung und Verkehr zugebaut – nicht selten zum Schaden von Natur und Umwelt.

„Wir werden uns auf einige Schwerpunkte beschränken müssen“, meint Winfried Herrmann von Bündnis 90 / Die Grünen: „Und wir haben als Parlament gute Möglichkeiten, die Öffentlichkeit noch besser zu informieren. Denn das Parlament ist der öffentlichste Ort der Politik überhaupt.“ Nun kommt es darauf an, dass der Beirat dem Deutschen Bundestag eine seinem politischen Gewicht gemäße Stimme im Nachhaltigkeitsdialog verschafft.

Weitere Informationen:

Parlamentarischer Beirat für Nachhaltige Entwicklung
Dorotheenstraße 88
10117 Berlin
Tel.: 0 30 / 2 27-3 14 40
Fax: 0 30 / 2 27-3 64 47
E-Mail: bernd.zimmermann@bundestag.de
Internet: www.bundestag.de/parlament/parl_beirat/

Parlamentarischer Beirat:

Frei auf ein Thema konzentrieren

Der Bundestag hat jederzeit vielfältige Möglichkeiten, sich wichtigen Themen fraktionsübergreifend und intensiv, fern vom hektischen Tagesgeschäft, zu widmen. Eine davon ist die Einsetzung eines Parlamentarischen Beirats aus Abgeordneten mit besonderen thematischen Kompetenzen. Ein Beirat wird von den Fraktionen im

Verhältnis ihrer Stärke besetzt. Anders als ein (ständiger) Ausschuss steht der Beirat aber nicht in der Pflicht, unmittelbar der Vorbereitung und Änderung von Gesetzesvorlagen als „vorbereitendes Beschlussorgan“ zu dienen, das heißt, er kann sich freier, ohne große formelle Zwänge, auf sein Thema konzentrieren.

Diese MdB sind dabei

Der Parlamentarische Beirat für Nachhaltige Entwicklung hat insgesamt neun Mitglieder und ebenso viele Stellvertreter aus den Reihen der MdB (Mitglieder des Deutschen Bundestages):

Vorsitzende:
Astrid Klug, SPD
Stellvertretender Vorsitzender:
Dr. Ralf Brauksiepe, CDU

SPD
Mitglieder:
Hans-Werner Bertl
Ulla Borchardt
Astrid Klug
Ernst Kranz
Stellvertreter:
Bettina Hagedorn
Reinhold Hemker
Michael Müller (Düsseldorf)
Dr. Wolfgang Wodarg

CDU/CSU
Mitglieder:
Dr. Ralf Brauksiepe
Tanja Göner
Josef Göppel
Stellvertreter:
Dr. Maria Flachsbarth
Stefan Müller (Erlangen)
Werner Wittlich

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Mitglied:
Winfried Herrmann
Stellvertreterin:
Undine Kurth

FDP
Mitglied:
Michael Kauch
Stellvertreterin:
Dr. Christel Happach-Kasan



„Wir verstehen uns als Bewahrer der Zukunft, als Anwälte der nachwachsenden Generationen und Motor für zukunftsweisende Innovationen“, sagt Astrid Klug, Vorsitzende des Beirats für Nachhaltige Entwicklung über ihr Gremium.

„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“

Bericht der Brundtland-Kommission „Unsere gemeinsame Zukunft“, 1987

Nachhaltigkeit:

Nur so viel abholzen wie nachwächst!

Der Begriff Nachhaltigkeit kommt ursprünglich aus der Forstwirtschaft: Nur so viele Bäume, wie nachwachsen können, sollen gefällt werden, so dass der Wald auf Dauer seinen Wert behält. Wer nachhaltig wirtschaftet, erhält nicht nur die eigenen, sondern auch die Lebenschancen der zukünftigen Generationen. Auf die ge-

samte gesellschaftliche Entwicklung übertragen, bedeutet dieses Prinzip: Nur wenn die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Belange harmonisch miteinander abgewogen werden, gibt es eine dauerhaft gedeihliche Entwicklung. Nachhaltigkeit ist also ein sehr umfassendes, sehr anspruchsvolles Gestaltungsprogramm.

Der Deutsche Bundestag hat in den beiden letzten Legislaturperioden wesentliche Vor-